

*Wie berichtet hatte die indigene Gerichtsbarkeit im Departement Cauca die FARC-Mitglieder, die zwei indigene Wachmänner erschossen hatten, zu Haftstrafen von 40-60 Jahren verurteilt.*

*Während unserer Gefangenschaft hatten sich unsere Bewacher ständig abfällig über die Autonomie der indigenen Bevölkerung geäußert.*

*Der Oberkommandierende der FARC, „Timochenko“, nimmt zu den Urteilen Stellung. Das Wochenmagazin SEMANA gibt am 14.11.2014 seine Äußerungen wieder:*

### **Für „Timochenko“ ist die indigene Justiz „absurd“**

Man sehe und staune. Die FARC fühlt sich angegriffen von der indigenen Gemeinschaft des Cauca, die ein bewaffnetes Kommando festnahm, die Mitglieder einer Rechtsprechung der Bevölkerung unterzog und sie zu Strafen zwischen 40 und 60 Jahren Haft verurteilte wegen der Ermordung zweier ihrer Mitglieder.

Mit einer hohen Dosis Zynismus erklärt der oberste Chef der FARC, Rodrigo Londoño Echeverri alias Timochenko seiner subversiven Truppe, keine andere als die eigene Gerichtsbarkeit der FARC könne Recht in derartigen Fällen sprechen: „Das einzige legitime Tribunal zur Verhandlung über die FARC-Mitglieder in der absurden Episode, die durch eine verdächtige Irrationalität einiger Indigener provoziert wurde, ist das vom Disziplinarreglement der FARC vorgesehene“.

„Timochenko“ missfällt auch die Welle der Solidarität mit den Indianern, die im ganzen Land ausgelöst wurde und die lobte, dass dieses Verbrechen nicht ungestraft blieb. Deshalb urteilte Timochenko: Das Urteil, das von den Indigenen über die Guerrilleros gefällt wurde, „das man als legitim absegnen möchte seitens des Establishments, ist nichts anderes als die totale Herrschaft der Willkür in einem Land, das man als Modell hinstellen will“.

Und er drohte: „Wenn dies das Land ist, in das wir uns reintegrieren sollen, so besteht dafür nicht die geringste Chance“, und bezog sich damit auf die seit zwei Jahren in Havanna laufenden Friedensverhandlungen.

Timochenko kritisierte das vom Volk der Nasa über sieben Guerrilleros verhängte Urteil wegen Mordes an zwei Mitglieder ihrer Gemeinschaft und nannte es „absurd“.

Eine Versammlung, an der rund 2000 indigene Bürgerinnen und Bürger teilnahmen, verurteilte am vergangenen Sonntag den Todesschützen zu 60 Jahren, die vier Tatbeteiligten zu 40 Jahren Gefängnis, während die beiden an der Tat beteiligten Minderjährigen zu 20 Peitschenhieben verurteilt wurden.

„Es ist offensichtlich, dass eine solche Verfahrensweise dem grundlegenden Sinn der Justiz zuwiderläuft“, schrieb Timochenko in einem Kommentar, der am 11. November auf der Webseite von ANNCOL („Nachrichtenagentur“ der FARC mit Sitz in Schweden, A.d.Ü.) erschien.

Laut dem Guerrillachef hat man „fälschlicherweise die Mitglieder der FARC-Miliz beschuldigt, feige zwei Wachmänner erschossen zu haben, die sie wegen der Errichtung einer Plakatwand angesprochen hatten“, die dem 3. Todestag von Alfonso Cano am 4.11.2011 gewidmet war, dem Vorgänger Timochenkos.

In einem Kommuniqué, herausgegeben von der Verhandlungsdelegation der FARC in Havanna, wurde am Samstag die Tötung von Manuel Antonio Tumiñá und Daniel Coicué in der Gemeinde Toribío (Cauca) bestätigt, jedoch auf ein Missverständnis zurückgeführt.

Für die Nummer 1 der FARC liegt die Verantwortung für den Tod der beiden Indios bei den Indigenen selbst. Nach der besonderen Sichtweise Timochenkos „haben die indigenen Wächter, vergiftet durch irgendwelche Ansichten, die Milizen aufgefordert, die Plakatwand zu entfernen“.

„Da die Angesprochenen der Aufforderung nicht nachkamen, griffen sie sie an und drohten, ihre Waffen abzunehmen und sie festzunehmen. Die Milizionäre zogen sich zurück, und die Indios verfolgten sie, und bei einem Kampf Mann gegen Mann lösten sich die Schüsse und töteten die beiden Wächter“.

Der zynische Brief der FARC wurde genau dann bekannt, als die Vertreter der Regierung auf der anderen Seite des Verhandlungstischs bemüht waren, die Zahl der Delikte, die politischen Zusammenhängen zugeordnet werden sollten, zu erweitern, z.B. die Rekrutierung Minderjähriger.

Humberto de la Calle Lombana, Chef der Regierungsdelegation erklärte in einem Forum der Hanns Seidel Stiftung (politische Stiftung der CSU, A.d.Ü.), man müsse „diskutieren, was als politische Delikte und damit verbundene Delikte“ zu verstehen sei, weil seiner Ansicht nach „eine Unsicherheit über die Zusammenhänge besteht zwischen den Verbindungen des politischen Delikts, welche sehr weit entfernt sind von der Realität des militärischen Konflikts“.

Aus der Sicht des Verhandlungsprozesses in Havanna ist der Vorschlag, den Begriff des politischen Delikts neu zu definieren, als Absicht zu sehen, Verantwortlichen von Straftaten, die heute als normale Straftaten anzusehen seien, wie z.B. der Drogenhandel, die Möglichkeit zu eröffnen, in öffentliche Ämter gewählt zu werden, wenn die Strafe erlassen worden sein. Und etwas Wichtigeres: Dass die Täter dieser Vergehen nicht ausgeliefert werden sollten.

Auf diese Weise unternimmt die Regierung Anstrengungen, der FARC Wege zu öffnen, worauf diese mit einem aggressiven Brief gegen die Indigenas reagiert, nachdem sie zwei ihrer Vertreter umgebracht hat und so dem Land sagt, niemand solle sich juristisch mit der Guerrilla anlegen.